

/// Das Wahlverhalten in den neuen Bundesländern

DIE STÄRKE DER AFD UND DER PARTEI DIE LINKE

ECKHARD JESSE /// Bei Wahlen schneiden im Osten die Parteien AfD und Die Linke deutlich besser ab als im Westen. Diese größeren Erfolge beruhen nicht nur auf ökonomischen, sondern auch auf kulturellen Faktoren. Beide populistischen Parteien stehen mit Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates auf Kriegsfuß, ohne insgesamt extremistisch zu sein.

Am 26. September 2021 finden zum neunten Mal gesamtdeutsche Bundestagswahlen statt. Erneut dürfte die Union die stärkste Kraft sein und Bündnis 90/Die Grünen im Bund zum ersten Mal die zweitstärkste. Damit ist auch die wahrscheinliche Koalition nach der Wahl zur Sprache gebracht. Die SPD und die Liberalen müssten mit einer Oppositionsrolle vorliebnehmen. Gleiches gilt wohl für die beiden Parteien,

mit denen sich dieser Beitrag befasst, der Alternative für Deutschland (AfD) und der Partei Die Linke. Sie verfügen in den neuen Bundesländern über ein beachtliches Wählerpotenzial, wie die Ergebnisse der zwei letzten Bundestags- und Europawahlen sowie die der siebten Serie der Landtagswahlen nachdrücklich belegen.



Wohin führt der Weg? Bei den letzten Wahlen hat Die Linke in den neuen Bundesländern zunehmend Wähler an die AfD verloren.

AfD und Die Linke haben in den **NEUEN** Bundesländern ein starkes Wählerpotenzial.

AfD und Die Linke im Parteiensystem

Beide Parteien sind am Rand des politischen Spektrums angesiedelt. Mit Blick auf die sozio-kulturelle Dimension nimmt die AfD den Pol des Autoritarismus ein, Bündnis 90/Die Grünen den Pol des Libertarismus. Mit Blick auf die sozio-ökonomische Dimension liegt Die Linke beim Punkt „möglichst viel Staat“ an der Spitze, die FDP beim Punkt „möglichst viel Markt“. Die AfD verfügt über 32.000 Mitglieder, Die Linke über 60.000 – mit jeweils sinkender Tendenz.

Die Linke, die Nachfolgepartei der SED, hat mehrere Häutungen vollzogen. Im Dezember 1989 benannte sich die SED in Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus um, im Februar 1990 fiel „SED“ weg. 2005 schließlich lautete der Name „Die Linkspartei“, und nach dem Zusammenschluss mit der westdeutschen Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit heißt die Partei seit Juni 2007 Die Linke. Mit den Namenswechseln sind auch weitere Änderungen verbunden. Längst hat sich Die Linke vom „demokratischen Zentralismus“ der SED losgesagt. Aber das bedeutet nicht notwendigerweise ein Ankommen in der Demokratie. Teilen der Partei fällt eine Ablehnung des diktatorischen SED-Systems schwer. Dieses gilt für sie nicht als Unrechtsstaat.

Obwohl die AfD erst 2013 entstand, hat auch sie Häutungen durchgemacht. Gegründet als euro(pa-)skeptische Kraft unter dem Ökonomen Bernd Lucke, rückte die Partei unter Frauke Petry (2013-2017) und vor allem unter Alexander Gauland (2017-2019) deutlich nach rechts. Das Thema der teils unkontrollierten Einwanderung stand fortan im Vordergrund. Speziell der (formal aufgelöste) „Flügel“ übte heftige Kritik nicht bloß an Repräsentanten der etablierten Kräfte, sondern an der Demokratie selber.

Die Vorsitzenden der Partei Die Linke sind seit 2020 Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler, die der AfD Jörg Meuthen (seit 2015) und Tino Chrupalla (seit 2019). Wissler und wohl auch Chrupalla nehmen fundamentalistische Positionen ein. Bei beiden Parteien gibt es extremistische und populistische Strömungen.¹ Extremistische Kräfte lehnen Elemente des demokratischen Verfassungsstaates ab, populistische die politische Elite. Cum grano salis gilt: Die AfD verfiert einen Nationalpopulismus, Die Linke einen Sozialpopulismus.

Die AfD ist in den neuen Bundesländern deutlich radikaler als in den alten. Bei der Partei Die Linke fällt der Befund umgekehrt aus. Strukturen dieser Partei (etwa die Kommunistische Plattform, die Antikapitalistische Linke oder marx21) sind im Verfassungsschutzbericht aufgeführt. Gleiches trifft für Gruppierungen innerhalb der AfD zu (etwa die Junge Alternative). Ob für den Verfassungsschutz die gesamte AfD demnächst unter die Rubrik „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ gerät, steht nicht fest.

Während die AfD für alle anderen Parteien als koalitionsunwürdig gilt, trifft dies für Die Linke schon länger nicht mehr zu, da die SPD und die Grü-

nen gewillt sind, mit ihr ein Bündnis einzugehen. Sie stellt in Thüringen sogar den Ministerpräsidenten (seit 2014), in Berlin (seit 2016) und in Bremen (seit 2019) ist sie Juniorpartner in einer Dreier-Koalition.

Bei **BEIDEN Parteien gibt es extremistische wie populistische Strömungen.**

Unsere Gesellschaft bewertet eine Partei am linken Rand vielfach milder als eine am rechten Rand. Das hat wesentlich historische Gründe, hängt mit dem Zivilisationsbruch durch den Nationalsozialismus zusammen. Ein demokratischer Staat, der glaubwürdig sein will, darf weder autoritär gegenüber unliebsamen Kritikern vorgehen noch mit zweierlei Maß messen. Der Grundsatz der Äquidistanz gegenüber Rechts- und Linksausßen sollte die hiesige Demokratie auszeichnen.²

Wahlverhalten im Osten und im Westen

Wer das Abschneiden der Parteien in den alten und in den neuen Bundesländern miteinander vergleicht, erkennt eine Reihe von Parallelen, aber auch – und vor allem – von Unterschieden. Bei den Wahlen seit 1990 schnitten die Union³ und die SPD im Westen besser ab als im Osten. Die wichtigsten Ursachen: In beiden Fällen handelt es sich um originäre Westparteien, und die SPD hat in den neuen Ländern in der Partei Die Linke

einen mächtigen Konkurrenten. Die einzige Ausnahme: 2002 erreichte die SPD in den neuen Ländern mit 39,7% einen knapp höheren Anteil als in den alten (38,3%). Die zupackende Rolle von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Hochwasserflut, die vor allem Brandenburg und Sachsen betraf, und seine osttentative Absage an ein Engagement im Irak-Krieg dürften dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Auch die Liberalen und die Grünen erzielten im Westen ein klar besseres Ergebnis. Die Ausnahme von diesem Befund betrifft die erste gesamtdeutsche Wahl 1990: Das mutige Engagement der Bürgerrechtler auf der einen und der „Genscher-Effekt“ auf der anderen Seite sorgten in den neuen Bundesländern jeweils für ein besseres Resultat. Liberale und Grüne sind in den neuen Bundesländern vor allem deshalb deutlich schwächer, weil sie sich auf eine dort weniger verbreitete Kernklientel stützen können. Der Mittelstand ist ebenso weniger entwickelt wie ein postmaterialistisches Paradigma. Ökonomische und kulturelle Gründe erklären folglich gleichermaßen das „Nachhinken“ dieser Parteien im Vergleich zu den alten Bundesländern.

Noch stärker springen die Unterschiede zwischen Ost und West für die AfD und Die Linke ins Auge. Hier ist jeweils ein klar besseres Ergebnis in den neuen Ländern zu verzeichnen. Dabei ist Die Linke weiterhin stärker ostlastig als die AfD, wobei die Partei in letzter Zeit im Osten Stimmen verliert und im Westen welche gewinnt. Die Wählerschaft der beiden Parteien speist sich aus ähnlichen Milieus. Ober- und obere Mittelschichten sind unterrepräsentiert, Unter- und untere Mittelschichten dagegen überrepräsentiert.

Die Wählerschaft von AfD und Die Linke kommt überwiegend aus den UNTEREN Schichten.

Obwohl in den neuen Bundesländern nur wenig mehr als 15% der Wähler beheimatet sind, hat der Osten oft über die Art der Koalition im Bund entschieden. Bei gleichem Wahlverhalten wäre, ohne die Stimmbürger in den neuen Ländern zu berücksichtigen, 2002, 2005 und 2013 jeweils eine schwarz-gelbe Koalition zustande gekommen (2002 keine rot-grüne, 2005 wie 2013 keine schwarz-rote). Insofern ist das oft zu hörende Argument, der Osten sei für den Ausgang wenig wichtig, keineswegs schlüssig.

AfD und Die Linke bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 in den neuen Ländern

Ein Vergleich bietet sich nur für die letzten beiden Bundestagswahlen an, da die AfD erst 2013 ins Leben gerufen wurde.

Kam Die Linke 2013 im Osten prozentual auf mehr als viermal so viele Stimmen wie im Westen, lag der Anteil der Ost- gegenüber den Weststimmen bei der AfD damals lediglich bei 4:3 (vgl. Tab. 1). Die Linke schnitt 2013 bundesweit mit 8,6% fast doppelt so gut ab wie die AfD (4,7%). Sie war nicht nur im Osten, sondern auch im Westen stärker als die neue Konkurrenz. Diese scheiterte bei ihrer ersten Wahlteilnahme an der Fünfprozenthürde. 2017 sah das Bild ganz anders aus. Die Linke war in den neuen Bundesländern bloß noch etwas mehr als zweimal so stark wie in den alten. Gleiches traf nunmehr für die AfD zu. Deren Stimmenanteil lag jetzt im Osten wie im Westen über dem der Partei Die Linke. Die Zustimmungswerte hatten sich damit innerhalb einer Wahlperiode geradezu verkehrt.

Was sind die Ursachen für diesen überraschend anmutenden Befund? Zum einen hat die Zuwanderung im Jahre 2015 mit mehr als einer Million Menschen, zum größten Teil aus muslimisch geprägten Staaten, der AfD in ungeahntem Maße Auftrieb verliehen. Kein Thema konnte ihr willkommener sein als dieses. Alexander Gauland

Tabelle 1: Das Abschneiden der AfD und der Partei Die Linke bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 (in Prozent)

	2013		2017	
	AfD	Die Linke	AfD	Die Linke
Ost	5,9	22,7	21,9	17,8
West	4,5	5,6	10,7	7,4
Insgesamt	4,7	8,6	12,6	9,2

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken

sprach von einem „Geschenk“⁴ für die AfD. Die großen Parteien haben den Ängsten weiter Teile der Bevölkerung nicht ausreichend entgegengesteuert. Migration berücksichtigt einerseits die sozio-kulturelle Ebene (Vorbehalte gegenüber dem Multikulturalismus) und andererseits die sozio-ökonomische (Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes). Gerade in den neuen Bundesländern schlugen beide Aspekte durch. Das erklärt wesentlich die Stärke der AfD.

Zum anderen konnte Die Linke nicht vom Migrationsthema profitieren. Zwar hatte ihr Wählmilieu gegenüber dem massenhaften Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland, der sich auch mit dem hiesigen Wohlstand erklärt, ähnliche Vorbehalte. Schließlich war nach der DDR-Zeit der wirtschaftliche Aufschwung mühselig erarbeitet worden. Aber die Parteiführung nahm darauf wenig Rücksicht und schlug einen betont migrationsfreundlichen Kurs ein. Dies führte bei Teilen des eigenen Elektorats zur Wahl der AfD. Die Richtung um Sahra Wagenknecht, die vor den Konsequenzen starker Zuwanderung gewarnt hatte, konnte sich nicht durchsetzen.⁵ Zudem wurde Die Linke, zumal

Die AfD hat bei der letzten Bundestagswahl vom **MIGRATIONSTHEMA profitiert.**

in den neuen Bundesländern, immer mehr in das gesellschaftliche System integriert⁶ – daher sahen sich Protestwähler bemüßigt, der AfD ihre Stimme zu geben. Das erklärt wesentlich die Schwäche der Partei Die Linke. In der Summe wirkte sich dies nicht derart negativ aus, weil die Partei mit ihrer Agenda umgekehrt vom multikulturellen Reservoir in den alten Ländern zu profitieren vermochte.

AfD und Die Linke bei den Europawahlen 2014 und 2019 in den neuen Ländern

Was für die Bundestagswahlen zutrifft, gilt in abgeschwächter Form für die Europawahlen (vgl. Tab. 2). Im Jahre 2014, mithin vor der Massenzuwanderung, lag Die Linke (7,4%) bundesweit noch

Tabelle 2: Das Abschneiden der AfD und der Partei Die Linke bei der Europawahl 2014 und 2019 (in Prozent)

	2014		2019	
	AfD	Die Linke	AfD	Die Linke
Ost	8,3	20,6	21,1	13,4
West	6,8	4,5	8,8	3,8
Insgesamt	7,1	7,4	11,0	5,5

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken

knapp vor der AfD (7,1%), im Osten klar, im Westen hatte sich das Mehrheitsverhältnis umgekehrt. 2019 war die AfD (11,0%) bundesweit doppelt so stark wie Die Linke (5,5%). Hatte diese in beiden Landesteilen kräftig verloren, konnte die AfD überall zulegen, im Osten den Anteil gegenüber der letzten Wahl sogar mehr als verdoppeln. Insgesamt schnitten die beiden Parteien schlechter ab als bei der Bundestagswahl 2017.

Das muss zunächst verwundern, denn Europawahlen gelten als „Nebenwahlen“. Diese sind wegen ihrer zweit-rangigen Bedeutung u. a. durch eine geringere Wahlbeteiligung charakterisiert, durch ein schwächeres Abschneiden der etablierten Kräfte und ein besseres der Rand- bzw. der Kleinparteien.⁷ Dies traf für die Wahlbeteiligungsquote zu wie für die Verluste der Etablierten (Union, SPD) und Gewinne der Kleinparteien, zumal seit 2014 eine Fünfprozentklausel fehlt, nicht jedoch für die Annahmen zur AfD und zur Partei Die Linke. Bei der Europawahl 2019⁸ gab es im Vorfeld heftige interne Auseinandersetzungen in den Parteien. Zudem wussten sie jeweils nicht mit spezifischen europapolitischen Themen aufzuwarten. Beide Faktoren stoppten einen Höhenflug des Populismus. Und bei dem im Vordergrund des Wahlkampfes stehenden Thema der „Klima-

politik“ konnten die populistischen Parteien nicht punkten. Ihr eher bescheidenes Abschneiden lässt sich schwerlich mit dem partiellen Bedeutungswandel der Europawahlen angesichts des größeren Gewichts durch das Europäische Parlament erklären. Ihnen kommt nach wie vor der Charakter einer Nebenwahl zu.

AfD und Die Linke bei der jeweils letzten Serie der Landtagswahlen in den neuen Ländern

Die siebte Serie der Landtagswahlen in den neuen Bundesländern endete 2019 mit dem Urnengang in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.⁹ Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hatten bereits 2016 zum siebten Mal gewählt. Bei Landtagswahlen spielen bundespolitische Aspekte gleichermaßen eine Rolle wie landespolitische. Die Gewichtung variiert von Wahl zu Wahl.¹⁰ Der Ausgang von Landtagswahlen mag ein Indikator für den Ausgang von Bundestagswahlen sein, muss es aber nicht.

Die AfD gelangte bei den Wahlen in allen fünf Bundesländern mit einem Anteil von jeweils über 20% der Stimmen auf den zweiten Platz (vgl. Tab. 3). Sie hat gegenüber der letzten Landtagswahl damit mehr als zehn Prozentpunkte zugelegt. Das beste Ergebnis der AfD (27,5% in Sachsen) übertraf Die Linke in Thüringen mit 31,0%. Sie steigerte sich gegenüber der letzten Wahl um 2,8 Punkte und avancierte damit zur stärksten Kraft. Das hiesige Ergebnis widerspricht insofern herkömmlichen Wahlgewohnheiten, als die PDS bzw. Die Linke immer dann massiv Stimmen verlor, wenn sie zuvor an einer Regierung beteiligt war (Mecklenburg-Vorpommern 2002, Berlin 2006, Brandenburg 2014), allerdings als Juniorpartner.

Bei der Europawahl 2019 konnten die populistischen Parteien THEMATISCH nicht punkten.

Tabelle 3: Das Abschneiden der AfD und der Partei Die Linke bei der jeweils letzten Landtagswahl (in Prozent) im Vergleich zur Landtagswahl zuvor (in Prozentpunkten)

	AfD		Die Linke	
Sachsen-Anhalt (13.5.2016)	24,3	(-)	16,3	(-7,4)
Mecklenburg-Vorpommern (4.9.2016)	20,8	(-)	13,2	(-5,2)
Brandenburg (1.9.2019)	23,5	(+11,3)	10,7	(-7,9)
Sachsen (1.9.2019)	27,5	(+17,8)	10,4	(-8,5)
Thüringen (27.10.2019)	23,4	(+12,8)	31,0	(+2,8)

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken

Thüringen ist ein signifikantes Beispiel für die Gefahr der Unregierbarkeit. Was 2016 in Sachsen-Anhalt durch den Einzug der Grünen knapp abgewendet werden konnte, trat in Thüringen ein. Die Linke und die AfD erzielten mit 54,4% der Stimmen eine „negative Mehrheit“, kamen doch die vier genuin demokratischen Parteien CDU, SPD, Bündnis 90/Grünen und FDP zusammen auf lediglich 40,1%. Der von den Regierungsparteien (Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen) nach einigem Hin und Her mit der CDU getroffene „Stabilitätsmechanismus“ kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Sollten die vorgezogenen Neuwahlen, die ersten in den neuen Bundesländern seit 1990, datiert auf den 26. September, wieder ein ähnliches Ergebnis wie das letzte zu Tage fördern, ist guter Rat teuer.

Erneut vorgezogene Neuwahlen verbieten sich aus Respekt vor dem Wähler. Und was sich ferner verbietet: eine Kooperation der CDU mit der Partei Die Linke, auch wenn in Thüringen Die Linke gemäßiger ist als die AfD und Ministerpräsident Bodo Ramelow den Prinzi-

pien des demokratischen Verfassungsstaates nähersteht als Björn Höcke, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Thüringer AfD. Der Erfolg der Partei Die Linke im thüringischen Freistaat erklärt sich wesentlich mit dem leutseligen Auftreten des „Landesvaters“, der alle Anklänge an den Postkommunismus seiner Partei vergessen macht. An sich ist das Ergebnis in Thüringen für Die Linke ein „Ausrutscher“ nach oben. Denn in den anderen vier ostdeutschen Ländern verlor sie jeweils deutlich. In Brandenburg – hier liegt sie sogar knapp hinter den Grünen – und in Sachsen erreichte sie soeben ein zweistelliges Resultat. Die Partei gilt als etablierte Kraft und verliert daher Stimmen an die Konkurrenz der AfD, die vielfältige Unzufriedenheit ein- und auffängt.

Wie die Ergebnisse, auch die der Bundestagswahl 2017, klar signalisieren, sind CDU und erst recht die SPD in den neuen Bundesländern keine Volksparteien (mehr).¹¹ Blieb die CDU in Brandenburg und in Mecklenburg unter 20%, musste die SPD gar zweimal, in Sachsen und in Thüringen, mit ei-

nem einstelligen Ergebnis vorlieb nehmen (in Sachsen-Anhalt kam sie knapp über 10%). So schlecht hatte sie zuvor bei keiner Landtagswahl in der Bundesrepublik abgeschnitten. Die Grünen zogen in einen der fünf Landtage nicht ein (Mecklenburg-Vorpommern), die Liberalen hingegen nur in einen der fünf (Thüringen), und zwar mit einem hauchdünnen Ergebnis, ganze 73 Stimmen mehr als nötig.

Um die AfD (und auch Die Linke) von den Schalthebeln der Macht fernzuhalten, sind in den neuen Bundesländern Dreierkoalitionen nach den letzten Wahlen dreimal unumgänglich gewor-

nungen vertreten, weil sich sonst keine anderen Koalitionsvarianten arithmetisch und politisch angeboten haben.

Wahlprogramme 2021

Im April 2021 hat die AfD ihr Wahlprogramm verabschiedet und Die Linke ihren Wahlprogrammewurf vorgestellt. Das Programm der AfD steht unter dem griffigen Motto „Deutschland, aber normal“, das der Partei Die Linke lautet ausführlicher: „Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit“. Formuliert die AfD radikaler als früher (etwa in den Passagen zur Europa- und zur Migrationspolitik), zeichnen sich die Aussagen der Partei Die Linke im Vergleich durch eine hohe Kontinuität aus. In mancher Hinsicht sind die Forderungen bei den Parteien ähnlich, in anderer Hinsicht geradezu gegensätzlich.

Der Antrag, den Verfassungsschutz abzuschaffen, kam auf dem Parteitag der AfD nicht durch. Hingegen ist dessen grundlegende Reform gewünscht. Die Linke will in ihrem Entwurf den Verfassungsschutz auflösen und ihn durch eine unabhängige „Beobachtungsstelle Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ersetzen. Diese solle sich um Rechtsextremismus und religiösen Fundamentalismus kümmern. Während Die Linke eine jährliche Kürzung des Bundeswehrrats um zehn Prozent anstrebt und Auslandseinsätze der Bundeswehr strikt ablehnt, plädiert die AfD für eine Wiederherstellung der Wehrfähigkeit. Die Pflege eines starken Korpsgeistes wird angestrebt. Fordert die AfD den Austritt aus der EU („Dexit“) und die Gründung einer neuen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft, so beschränkt sich Die Linke auf deren grundlegende Re-

CDU und SPD sind in den neuen Bundesländern KEINE Volksparteien.

den: in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Diese aus der Not geborenen Bündnisse repräsentieren aufgrund ihrer Heterogenität kein politisches Lager und führen zum Verdruss.¹² Zudem besitzen kleine Parteien ein überproportional starkes Gewicht in der Regierung. Ein Beispiel: Im Freistaat Sachsen stellen Bündnis 90/Die Grünen (8,6%) und die SPD (7,7%) je zwei Minister, obwohl sie zusammen gerade einmal die Hälfte des Stimmenanteils der CDU erhalten haben. Für Sachsen-Anhalt und Thüringen gilt Ähnliches. Die SPD, bei allen Landtagswahlen gegenüber dem vorherigen Wahlgang massiv „abgestraft“, ist ungeachtet ihrer Schwäche erneut in sämtlichen ostdeutschen Landesregie-

form. Sie plädiert für einen „sozialen und ökologischen Systemwechsel in Europa“. Die AfD befürwortet eine restriktive Migrationspolitik nach japanischem Modell (bei der Aufnahme solle der „kulturelle und religiöse Hintergrund ein wichtiges Kriterium“ sein) und lehnt jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab. Hingegen vertritt Die Linke „offene Grenzen für alle Menschen“. Europa dürfe sich nicht abschotten.

Resümee

Der Befund ist eindeutig: Die Unterschiede im Wahlverhalten springen ungeachtet vielfältiger „Durchmischungen“ (Millionen Westdeutsche sind nach Ost- und Millionen Ostdeutsche nach Westdeutschland gezogen) im 31. Jahr der Wiedervereinigung weiterhin ins Auge. Wer das konstatiert, nimmt deswegen keine Bewertung vor. Es ist Vorsicht geboten, das Wort vom „gespaltenen“ Wahlverhalten in negativer Hinsicht überzustrapazieren.

Gewiss, populistisch-extremistische Kräfte sind in den neuen Bundesländern bei Wahlen stark. Die paradoxe Folge: Sie tragen einerseits zu einer Delegitimierung des politischen Systems bei, andererseits zur Integration politisch Unzufriedener. Wer behauptet, die Bundesrepublik Deutschland sei auf dem abschüssigen Weg nach Weimar, verkennet die Stärke unserer Demokratie. Alarmismus ist nicht besser als Selbstgefälligkeit. Wofür manches spricht: In dem Moment, in dem Ostdeutsche sich nicht mehr als „Bürger zweiter Klasse“ fühlen, lässt die Präferenz für rechts- oder/und linkspopulistische Parteien wohl nach.

Da in den neuen Bundesländern wegen wenig entfalteter Parteienidentifikation – das erklärt auch die höheren Aus-

Die Wahlpräferenz von populistischen Parteien der Ostdeutschen **KORRELIERT mit ihrer Lebenszufriedenheit.**

schläge – die Rolle der Spitzenkandidaten eine wahlentscheidende Rolle spielt, gehört nicht viel Prophetengabe zur folgenden Vorhersage: Die Ministerpräsidenten Reiner Haseloff (CDU, Sachsen-Anhalt), Bodo Ramelow (Die Linke, Thüringen) und Manuela Schwesig (SPD, Mecklenburg-Vorpommern) sorgen in „ihren“ Ländern für einen klaren Erfolg der Richtung, für die sie stehen. Das ostdeutsche Elektorat ist weniger parteigebunden als das westdeutsche. ///



/// PROF. DR. ECKHARD JESSE

hatte den Lehrstuhl für Politische Systeme und politische Institutionen an der TU Chemnitz von 1993 bis 2014 inne. Er ist (Mit-)Herausgeber des Jahrbuchs Extremismus & Demokratie seit 1989.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. zusammenfassend: Jesse, Eckhard: AfD und Die Linke – Wieviel Populismus steckt in ihnen?, in: Politische Studien 6/2017, S. 41-51.
- ² Vgl. Jesse, Eckhard: Äquidistanz und Hufeisenmodell einerseits, antifaschistischer Konsens und Ausgrenzung andererseits, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 32, hrsg. von Uwe Backes, u. a., Baden-Baden 2020, S. 13-40.
- ³ In den neuen Bundesländern kandidiert nur die CDU.
- ⁴ Zitiert nach: Der Spiegel, 12.12.2015.
- ⁵ Vgl. jetzt Wagenknecht, Sahra: Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenarbeit, Frankfurt a. M. 2021.
- ⁶ Vgl. die Analyse bereits für die ersten 15 Jahre von Holzhauer, Thorsten: Die „Nachfolgepartei“. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990-2005, Berlin 2019.
- ⁷ Vgl. Reif, Karlheinz / Schmitt, Hermann: Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research 1/1980, S. 3-44
- ⁸ Vgl. Niedermayer, Oskar: Von der „nationalen Nebenwahl“ zur „europäisierten Wahl“? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 26. Mai 2019, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/2019, S. 691-714; Braun, Daniela / Tausendpfund, Markus: Die neunten Direktwahlen zum Europäischen Parlament: Rahmenbedingungen, Parteien und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/2019, S. 715-735.
- ⁹ Das Bundesland Berlin, zum Teil alt, zum Teil neu, wird unberücksichtigt gelassen.
- ¹⁰ Vgl. etwa Baethge, Christopher: Rolle im Bund und Erfolg im Land – eine parteienbezogene Analyse der Landtagswahlen von 1949 bis 2010, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/2011, S. 568-586.
- ¹¹ Vgl. Traeger, Hendrik: Die Bundestagswahl 2017 in Ostdeutschland: ein Alarmsignal für die Volksparteien, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 3/2018, S. 295-301; Niedermayer, Oskar: Die Mitte bröckelt, die Ränder legen zu. Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2017, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 1/2019, S. 49-59; Jesse, Eckhard: Wahlen in den neuen Bundesländern seit 1990, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 3/2020, S. 321-331.
- ¹² Vgl. Decker, Frank / Ruhose, Fedor: Koalitionsregime in Ländern und Bund. Auf dem Weg in die Kenia-Republik?, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 2/2020, S. 195-202.